

Historische Unkenntnis oder Parteipolitik

Landtagspräsident Christian Carius (CDU) setzt Geschichtsumdeutung fort

Mit seiner Erklärung vom 24. September zu den Gründen für das Scheitern der Demokratie in der Weimarer Republik setzt der CDU-Politiker Christian Carius in seiner Funktion als Landtagspräsident seine Versuche konservativ motivierter Umdeutung der deutschen Geschichte fort. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag und Chefin der Thüringer Linkspartei, dazu:

„Es zeugt von historischer Unkenntnis oder deutet auf parteipolitische Motivation hin, die immense Verantwortung des Bürgertums am Untergang der Demokratie mit keiner Silbe zu erwähnen. Gerade die Studien zur Geschichte Thüringens und die Arbeiten der Historischen Kommission für Thüringen zeigen, dass die Weimarer Republik an der fehlenden demokratischen Substanz des Bürgertums scheiterte. Nationalistisch verhetzt, antisemitisch und antifranzösisch eingestellt und über rechtsextreme Vorfeldorganisationen eingebunden war der Schritt zur NSDAP schließlich für viele nicht mehr weit.“

Verantwortung des Bürgertums

Am jährlichen Verfassungstag der Weimarer Republik haben zum Beispiel die Masse des Bürgertums und die Honoratioren nicht gefeiert, sie haben stattdessen den antifranzösischen Sedantag mit den Fahnen des Kaiserreichs begangen. Auch die KPD und die anderen Organisationen der Arbeiterbewegung haben Fehler gemacht, sind der Gefahr von Rechts falsch begegnet oder haben in Teilen sogar die parlamentarische Demokratie abgelehnt.

Doch es waren gerade die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die SPD und die KPD, die an erster Stelle die Republik im All-

tag gegen die Gefahr von Rechts verteidigt haben – nicht nur während des rechten Kapp-Putsches. Bei allen Fehlern der KPD und anderer Organisationen der Linken in der Weimarer Republik ist es historisch falsch und politisch unredlich, den Kommunisten – in Carius' Sprachgebrauch die ‚Extremisten‘ von links – den Untergang der Weimarer Republik in die Schuhe zu schieben, sie mit den ‚Extremisten‘ von rechts auf eine Stufe zu hieven und mit keinem Wort die maßgebliche Verantwortung des Bürgertums für das Ende der Demokratie zu erwähnen.

Schon zur 8. Mai-Debatte

Es waren die bürgerlichen Parteien, die im März 1933 durch ihre Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz die notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstag sicherten und so das Ende der Weimarer Demokratie besiegelten. Die noch anwesenden Abgeordneten der SPD stimmten trotz der Bedrohung durch die SA offen gegen Hitler, die Abgeordneten der KPD saßen zu dieser Zeit schon in Nazi-Haft oder waren auf der Flucht.“

Schon während der Debatte um den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, war der Präsident des Thüringer Landtages mit konservativer Umdeutung der Geschichte aufgefallen. Als Mitglied der CDU, einer Nachfolgepartei der katholischen Zentrumspartei, habe Carius hier aber eine besondere Verantwortung. Immerhin habe das Zentrum im Reichstag für Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ gestimmt.

Am 24. September hatte Landtagspräsident Christian Carius ein historisches Gedenkprojekt zur Erinnerung an die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 in Schwarzburg eröffnet. Zum Gedenken wurden eine Eingangstafel mit Informationen zur Weimarer Reichsverfas-

sung sowie elf Bodenplatten mit den darin enthaltenen Grund- und Menschenrechten installiert. Dazu erklärte Carius: „Vor über 96 Jahren wurde hier in Schwarzburg ein Stück deutsche Verfassungsgeschichte geschrieben. Eine starke Demokratie braucht nicht nur eine gute Verfassung, die individuelle Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und politische Beteiligungsmöglichkeiten sichert. Es bleibt darüber hinaus eine andauernde Aufgabe, größeres Interesse an Politik zu wecken und die Bereitschaft zu fördern, an politischen Prozessen aktiv mitzuwirken.“

Gescheitert ist die Weimarer Republik nicht an ihrer Verfassung, sondern in erster Linie an den Antidemokraten, die ihre vorhandenen Schwächen ausnutzten. Das ist Grund genug, warum wir heute über Parteigrenzen hinweg allen antidemokratischen Tendenzen – sei es von rechts oder von links – entschlossen entgegentreten und unsere verfassungsmäßige Ordnung gegen jegliche Form von Extremismus verteidigen müssen.“

Gebot politischer Verantwortung

Christian Carius weiter: „Als Demokraten werden wir immer wieder Menschen durch unser Handeln, unser Engagement und unser Beispiel verdeutlichen, was Freiheit, Demokratie und Menschenrechte bedeuten und welchen Wert sie für unser Gemeinwesen haben. Dazu gehört gerade in diesen Tagen, dass wir politisch Verfolgten den Schutz des Asylrechts bieten. Es ist ein Gebot politischer Verantwortung und klarer Auftrag unseres Grundgesetzes, denen zu helfen, die vor Krieg und Terror aus ihrer Heimat fliehen mussten. Allerdings kann Deutschland nicht allein Hafen für alle Flüchtlinge sein. Man muss dabei auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit im Blick haben.“

VON A BIS Z:

Hebammen

Mit Verweis auf den jetzt neu geregelten Ausgleich der Haftpflichtprämien für Hebammen kritisierte der Deutsche Hebammenverband, dass nicht wissenschaftlich belegte Ausschlusskriterien für Hausgeburten eingeführt werden. Künftig soll für alle in der Geburtshilfe tätigen freiberuflichen Hebammen nur noch der Sicherstellungszuschlag gelten. Dieser gleicht jedoch nicht die vollständige Prämie von derzeit 6.274,32 Euro aus, sondern erstattet maximal 4.340,03 Euro. Für die in der Geburtshilfe tätigen Hebammen bedeutet dies eine Verschlechterung. Denn neben dem unvollständigen Ausgleich fallen die bisherigen Vergütungen für Haftpflichtkosten weg.

Zudem muss eine Hebamme in dem Quartal, für das sie den Sicherstellungszuschlag beantragt, auch mindestens eine geburtshilfliche Leistung mit der Krankenkasse abrechnen können. Berechtigt sind nur Hebammen, die mindestens vier Geburten im Jahr betreut haben. Die Form der neu eingeführten Ausschlusskriterien macht es aber Hebammen in der Hausgeburtsilfe zukünftig unmöglich, Geburten verbindlich zu planen. Der Deutsche Hebammenverband befürchtet, dass die Beschlüsse in ihrer Kombination insbesondere die Hausgeburtsilfe nicht retten, sondern möglicherweise ihr Ende besiegeln.

Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, hatte von einem weitreichenden Eingriff in die Berufsfreiheit der Hebammen gesprochen und diesen scharf kritisiert. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungstermine des Thüringer Landtags bis zum Jahresende sind, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, vom 4. bis 6. November, für den 25. bis 27. November sowie von 16. bis 18. Dezember anberaumt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Integration

Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner (LINKE) gab jetzt den Startschuss für die Ausweitung von Quartiers-Projekten, die Kommunen bei der Flüchtlingsintegration helfen. Mit ThINKA werden sie bei der Bereitstellung bzw. der Stärkung einer qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch der Flüchtlinge unterstützt. Elf ThINKA-Projekte gibt es bereits in Thüringen. Nun kommen zwei weitere Projekte in Kommunen mit Erstaufnahmestellen und die Aufstockung von vier bestehenden Projekten hinzu. Das erste neue Projekt startet am Standort der Erstaufnahmestelle in Eisenberg und wird in enger Kooperation mit Gera-Liebschwitz umgesetzt. ■

Lehrertag

Zum Welttag der Lehrerin und des Lehrers am 5. Oktober hatte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärt:

„Wer jeden Tag verantwortungsvoll die Zukunft unseres Landes bildet und formt, wer sich engagiert allen Herausforderungen in der Schule stellt, dem gebühren Anerkennung und Dank der ganzen Gesellschaft. Rot-Rot-Grün sorgt mit 500 Neueinstellungen pro Jahr für Kontinuität und Zukunftssicherung, mit dem Schulbauinvestprogramm für bessere räumliche und sächliche Bedingungen und mit der Absicherung des ganztägigen Lernens aus einer Hand für Beständigkeit bei den guten Bedingungen an den Schulen.“ ■

Windenergie

Der Ausbau der Windenergie in Thüringen werde ökologisch, regional und naturverträglich vorgenommen, betonte Steffen Harzer, Sprecher für Energiepolitik der Linksfraktion. Dagegen seien unter Verantwortung der CDU in Thüringen auf Grund fragwürdiger Planungen bereits fast 800 Windkraftanlagen errichtet worden, manchmal gerade 600 Meter von Wohngebäuden entfernt. Die rot-rot-grüne Koalition sehe dagegen einen Mindestabstand von 1.000 Metern vor. Es bestehe die Notwendigkeit, in der Stromerzeugung weiter voran zu kommen, denn nur 35 Prozent des in Thüringen verbrauchten Stromes werde auch in Thüringen erzeugt, und davon knapp 60 Prozent aus regenerativen Energien. ■